

# **Ergebnisse der Delegationsreise des deutschen Aktionsbündnisses Menschenrechte in den Philippinen im März 2009**

## **1. Mission der deutschen Menschenrechtsdelegation in den Philippinen im März 2009**

Vom 11. bis zum 20. März 2009 führten Vertreter des deutschen Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen eine Delegationsreise in die Philippinen durch, die sich mit der Umsetzung von Empfehlungen verschiedener internationaler Berichterstattungen gegen extralegale Hinrichtungen und Verschwindenlassen beschäftigte. Die Delegation führte Gespräche mit Vertretern der Regierung, der Polizei, des Militärs, der Kirchen, mit Opfern und deren Familien ebenso wie mit Akteuren der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsorganisation in den Philippinen.

Während die Delegation zwar erste Schritte anerkennt, die bezüglich der Bekämpfung politisch motivierter Morde und Verschwindenlassen bisher von philippinischen Autoritäten gemacht wurden, sind die verbleibenden Herausforderungen vielfältig. Es besteht eine landesweite Kultur der Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen; Menschenrechtsaktivisten und Mitglieder sozialer Bewegungen werden kriminalisiert und ein effektives Zeugenschutzprogramm fehlt bislang.

Die neuerdings institutionalisierten Menschenrechtsbüros in der Polizei und im Militär sind von großer Bedeutung für die Steigerung des Bewusstseins über Menschenrechte innerhalb der Sicherheitskräfte. Deshalb sollten ihre kurz- vor allem aber mittel- und langfristigen Effekte nicht unterschätzt werden. Jedoch wurde es der Delegation nicht klar, in wie weit sich diese Büros bei der Aufklärung von schweren Menschenrechtsverletzungen, der Förderung unabhängiger Ermittlungen und der Anklage von Verdächtigen vor Gericht, als effektiv gezeigt haben.

Die Menschenrechtsdelegation hat im Besonderen positive Initiativen durch die Menschenrechtskommission, den Obersten Gerichtshof und das Menschenrechtskomitee des Repräsentantenhaus registrieren können.

Eine der großen weiterhin bestehenden Herausforderungen ist es, eindeutige Beweise in Fällen von schweren Menschenrechtsverletzungen sicherzustellen, da Zeugen oft unter großen Druck gesetzt und sogar bedroht werden. Die bestehenden Zeugenschutzmechanismen wie der Writ of Amparo<sup>1</sup> sind ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber eine weitere Stärkung dieser Mechanismen sowie ein unabhängiges und effektives Zeugenschutzprogramm dringend notwendig.

Die EU-Justice Assistance Program (EU-JAM) sowie andere internationale Initiativen haben aus unserer Sicht einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in den Philippinen geleistet. Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen hofft deshalb, dass das daraus hervorgegangene EU-Philippine Justice Support Programme (EPJUST) bald voll funktionsfähig sein wird. Dies hängt von der Klärung letzter Details vor Ort mit der philippinischen Regierung ab.

## **2. Empfehlungen**

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen empfiehlt der philippinischen Regierung deshalb:

---

<sup>1</sup> Der Writ of Amparo soll die Rechte von Angehörigen und Betroffenen in Fällen von extralegalen Hinrichtungen und Verschwindenlassen schützen.

- a) die Umsetzung der Empfehlungen des Nachfolgeberichts des UN-Sonderberichterstatter für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen Philipp Alston (2009), der Arbeitsgruppe der Universal Periodic Review (UPR, Allgemeines Periodisches Überprüfungsverfahren) und der Melo Kommission<sup>2</sup> umzusetzen, insbesondere:
  - i. die Ergreifung von Maßnahmen zur Beendigung von Straflosigkeit im Fällen von außergerichtliche Hinrichtungen
  - ii. die Ermittlung und Anklage gegenüber hohen Militärs auf der Grundlage der Befehlsverantwortung (command responsibility), vor allem im Zusammenhang mit Generalmajor Jovito Palparan a.D.
  - iii. die Entwicklung eines Zeugenschutzprogramms
  - iv. das Stoppen von Morden von Aktivisten und Journalisten
- b) die Operationalisierung des EU-Philippine Justice Support Programme (EPJUST), um das Potenzial der philippinischen Regierung in den Bereichen Untersuchung und Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen zu fördern
- c) das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen zu ratifizieren, wobei weit verbreiteter oder systematischer Gebrauch von Verschwindenlassen als ein Verbrechen gegen die Menschheit definiert wird.

Der philippinische Senat muss Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsgesetzen versichern und deren Anerkennung vor dem Ende der nächsten Sitzung zur:

- d) Anti-Folter Gesetz
- e) Gesetz gegen das Verschwindenlassen (2009)

vorantreiben.

Anschließend soll die Präsidentin der Philippinen beide Gesetze vor den nächsten Wahlen unterzeichnen. Sie sind ausschlaggebend für die Bekämpfung der Straflosigkeit in den Philippinen und um Folter sowie Verschwindenlassen zu stoppen.

### **3. Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen**

Das Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen wurde im August 2007 gegründet um Lobby- und Informationsarbeit bezüglich der Menschenrechtssituation in den Philippinen in Deutschland zu fördern. Durch Aktionsbündnis koordiniert die Veröffentlichung von Publikationen, Veranstaltungen und Lobbyaktivitäten. Zu den Zielgruppen zählen politische Entscheidungsträger, Menschenrechtsverteidiger und soziale Aktivisten sowie deutsche und europäische Medien.

Mitgliedorganisationen sind Amnesty International Deutschland, Diakonie/ Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Misereor, Missio, Philippinenbüro und die Vereinigte Evangelische Mission (VEM). Der Hauptfokus des Aktionsbündnis liegt auf extralegalen Hinrichtungen und Verschwindenlassen.

---

<sup>2</sup> Die Melo-Kommission wurde von der philippinischen Regierung einberufen, um die politischen Morde zu untersuchen. Der Bericht empfiehlt u.a. hochrangige Militärs auf der Grundlage von Kommandoverantwortung (Command Responsibility)